

Rede 70 Jahre Landesverband NRW
- Rede des Bundesvorsitzenden des DRB Jens Gnisa

Meine sehr geehrten Damen und Herrn Abgeordnete,
Sehr geehrter Herr Minister Biesenbach,
Sehr geehrter Herr Staatssekretär Wedel
Lieber Christian,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Im Namen des Präsidiums des Deutschen Richterbundes gratuliere ich dem Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V. herzlich zum 70-jährigem Jubiläum. Ein optimales Alter um etwas zu erreichen - Sie, sehr geehrter Herr Minister Biesenbach, können das sicher ebenso bezeugen wir unser früherer Landesvorsitzender Reiner Lindemann. Denn Erfahrung und Tatkraft halten sich in diesem Alter die Waage.

Dieses Jubiläum wird heute hier in Düsseldorf - also der Hauptstadt Nordrhein-Westfalens - in einer Form begangen, die doch Aussagekraft hat. Organisiert worden ist keine staatstragende Veranstaltung, sondern ein lockeres Beisammensein. Wir feiern heute im Kreis der Mitglieder, Freunde und Partner zur Gestaltung des Rechtsstaats in Nordrhein-Westfalen. Das zeugt davon, dass die Grundstimmung gut ist und das ist durchaus nicht selbstverständlich. Und so ist es auch aus Berliner Sicht:

Der Landesverband hat einen stetigen und beeindruckenden Mitgliederzuwachs, verfügt über einen engagierten Vorstand, eine breite Basis und ist in der Rechtspolitik sichtbar. Er ist auf dem Düsseldorfer Paket fest verankert und kann Erfolge verbuchen:

- etwa das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2015 das als Meilenstein für die Besoldung zu werten ist und den jahrelang sinkenden Bezügen einen Riegel vorschob. Die Musterverfahren waren auch in NRW angestoßen worden;

- Die Personalverbesserungen der letzten Jahre, die Pebb§y 1:1 endlich realistisch erscheinen lassen.
- Uynd NRW treibt den auf Bundesebene vereinbarten Pakt für den Rechtsstaat deutlich voran - zuletzt mit einem Antrag zu einer Entschließung des Bundesrats.

Noch wichtiger als diese beachtlichen Erfolge ist allerdings das Klima zwischen dem Verband und der Politik, das von gegenseitigem Respekt getragen ist. Dies gilt sowohl für das Verhältnis zu allen anwesenden Parteien des Landtags wie auch zur Landesregierung. Die Justiz ist mit ihren Sorgen und Problemen einerseits, aber auch mit ihrer unüberschätzbaren Bedeutung für unser Staatswesen andererseits in der Politik angekommen. Auch daran hat der Landesverband NRW seinen Anteil. Nicht nur dadurch, dass er als seriöser Gesprächspartner immer zur Verfügung steht, sondern auch dadurch, dass er mit einer offensiven Medienarbeit die Justiz in der Öffentlichkeit vertritt. Wer Urteile im Namen des Volkes fällt, darf natürlich niemals seine Entscheidung an den Wünschen einer scheinbaren Mehrheit ausrichten. Er braucht aber sehr wohl einen Verband, der die Hintergründe von Entscheidungen, die Abläufe in der Justiz wie auch den eigentlichen Zweck des Rechts in der Öffentlichkeit darstellt und notfalls gegen Angriffe verteidigt. Urteile zu fällen ist kein Zauberwerk, man kann es erklären. Das ist in einer modernen Mediengesellschaft wichtiger als je zuvor. Deshalb bin ich dem Landesverband NRW sehr dankbar, dass er den offensiven Medienkurs des Bundesverbands nicht nur unterstützt, sondern im Land selbst mit umsetzt. Dies ist nicht nur für uns wichtig, sondern auch für die Rechtspolitik selbst, die so im politischen Betrieb an Bedeutung gewinnt und so erst in die Lage versetzt wird, auf dem politischen Paket Erfolge zu verbuchen.

Meine Damen und Herren,

Das derzeit gute Verhältnis zwischen Rechtspolitik und Verband ist für mich immer noch neu. Betrachtet man die 70 Jahre die wir heute feiern, dann würde man wenn man gute und schlechte Zeiten ins Verhältnis setzen würde, mit

den Guten gefühlt kaum über die 5-%-Hürde kommen. In der Tat: es konnte schon vorkommen, wie seinerzeit in Paderborn, dass ein Minister auf einer Landesvertreterversammlung zum Rücktritt aufgefordert wurde oder Großdemonstrationen organisiert werden mussten - etwa die im Kino 2007 oder etwas später vor dem Justizministerium. Es gab auch vor nicht allzuferner Zeit den Vorwurf des Wortbruchs gegenüber einer Ministerpräsidentin.

Dieses veränderte Klima, das m.E. auch parteiübergreifend spürbar ist, ist aber angesichts der Herausforderungen die vor uns liegen auch dringend notwendig. Ich meine hier das Vordringen des Rechtspopulismus. Diejenigen, die für alles einfache Erklärungsmuster und simple Lösungen haben sind wieder da und das ist brandgefährlich. Wir sollten uns nicht täuschen. Oft sind die schlimmsten Fehler die, die man in scheinbar guten und erfolgreichen Zeiten macht. Mich mahnt daran ein Symbol das ich in meinem Bielefelder Büro aufgehängt habe: Notgeld aus der Stadt Bielefeld herausgegeben vor gut 100 Jahren. Im Jahr 1917 konnte die Reichsbank im Krieg die Bevölkerung nicht mehr mit Geld versorgen. Also durften die örtlichen Sparkassen selbst Geld drucken. Die Motive des Geldes die gewählt wurden sind heute einzigartige Zeugnisse der politischen Entwicklung von damals. Sie bezeugen vom Hungerwinter 1917, dem verletzten Stolz durch den Versailler Vertrag, von schmerzlichen Verlusten und Entbehrungen, Ruhrbesetzung, Hyperinflation. Und dann scheint plötzlich mit der Währungsreform 1923 alles gut. Die goldenen 20iger Jahre beginnen und die Menschen hoffen nun endlich sei alles gut. Und doch ist alles brüchig und es steuert alles auf die Katastrophe von 1933 zu. Man darf sich nicht täuschen lassen.

Wir haben nach dem 2. Weltkrieg vieles richtig gemacht und konnten im Gegensatz zur Weimarer Republik eine stabile Demokratie auf der Basis von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit und einen sicheren Rechtsstaat gründen. Zu Letzterem hat der Verband der Richter und Staatsanwälte in 70 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit maßgeblich mitgewirkt. Dies ist ein Moment in dem wir alle auf diese Leistung auch stolz sein können. Mein Dank gilt an

dieser Stelle allen die sich ehrenamtlich für unseren Verband engagiert haben - auf welcher Ebene auch immer. Sie gilt aber genau so den Mitgliedern, die uns stets die Treue gehalten haben. Die Generationen vor uns waren von der Notwendigkeit des Verbandes überzeugt und wir sind es gleichermaßen in Fortsetzung dieser nun schon langen Tradition.

Und dennoch gibt es Schatten. Wer hätte für möglich gehalten, dass in Europa ein Land nach dem anderen unerlässliche rechtsstaatliche Standards kappt, um der schnellen politischen Erfolge Willen. Überall wo autokratische politische Strukturen entstehen haben sie schnell 2 gemeinsame Ziele: Einerseits die Medien, andererseits aber auch die Justiz. Politiker, die sich in ihrer Macht nicht begrenzt wissen wollen, greifen diese beiden Pfeiler von Demokratie und Rechtsstaat sofort an. Sie sind ihnen auf Grund ihrer Unabhängigkeit nicht geheuer: Die Türkei, Polen, Ungarn, Rumänien...Fast kann man sich fragen, was das nächste Land ist. Und auch in Deutschland gibt es politische Strömungen, die dem nacheifern wollen. Es brauen sich also wieder dunkle Wolken zusammen. Schauen wir genau hin.

Die Frage also ist, was ist zu tun?

Auf Bundesebene gibt der Deutsche Richterbund darauf 4 Antworten, die ich ganz kurz skizzieren möchte:

Die offensive Medienarbeit habe ich bereits erwähnt.

Darüber hinaus werden wir auch eine offensive Rechtspolitik weiter betreiben. Wir werden z.B. im Präsidium eben nicht nur darauf warten, bis ein Gesetzentwurf vorliegt, um ihn dann zu begutachten. Vielmehr werden wir uns selbst aktiv im Sinn unserer normalen Mitglieder an der Basis äußern und unsererseits Lösungsvorschläge in einem viel früheren Gesetzgebungsstadium einbringen. In letzter Zeit waren wir in diesem Bereich recht erfolgreich. Ich erinnere etwa an die Reform des § 81 a StPO. In vielen

Gesetzgebungsvorhaben ist unsere Handschrift sichtbar und unser Ziel, der Justizpraxis in Berlin eine Stimme zu geben, ist erfolgreich gewesen.

Als 3. Punkt ist mir wichtig, dass der Deutsche Richterbund als größter Verband in der Internationalen Richtervereinigung eine größere internationale Verantwortung übernimmt. Wie Sie vielleicht wissen konnten wir im Mai dieses Jahres den europäischen Justizgipfel in Berlin ausrichten, an dem erstmals mehr als 40 europäische Richtervereinigungen teilnahmen. Mit der Teilnahme des 1. Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Timmermans und von Justizministerin Barley hatte der Justizgipfel eine hohe politische Bedeutung. Wir werden die Kollegen in den betroffenen Länder nicht alleine lassen. Ich selbst war im letzten Jahr in der Türkei und zuletzt 2 mal in Polen, um den dortigen Kollegen Mut zuzusprechen. Sobald es die politischen Gegebenheiten zulassen werde ich erneut in die Türkei reisen. Aber das reicht nicht. Wir müssen die Dinge verstetigen. Der Deutsche Richterbund muss dazu auf internationalem Paket zu einer Lokomotive werden, sich mehr einbringen und noch mehr Verantwortung übernehmen.

Wir dürfen aber nicht mit dem erhobenen Zeigefinger agieren. So werden wir die Dinge nicht lösen können. Schauen wir zunächst auf unser eigenes Land und seien wir dabei durchaus selbstkritisch. Im Februar hatte ich zusammen mit Gerhard Baum einen Auftritt bei hart aber fair. Nach der Sendung kommen die Gäste noch einmal in lockerer Runde zusammen. Gerhard Baum zitierte an diesem Abend immer wieder Helmut Schmidt. Helmut Schmidt habe gesagt: „Politik heißt Probleme lösen“. Ich denke genau das ist es. Und das ist unser 4. Punkt. In Deutschland haben wir nie Schwierigkeiten mit den Extremen, wenn es in der Mitte gelingt, die Probleme der Menschen zu lösen. Dazu müssen wir zuhören - vielleicht auch etwas besser als in der Vergangenheit und Kritik nicht vorschnell verwerfen. Auch die Justiz hat Probleme, die gelöst werden müssen - denn sie ist ein zentrale Eckpfeiler unseres Staates. Mit dem Pakt für den Rechtsstaat ist dafür auf Bundesebene eine wichtige Tür geöffnet worden. Nutzen wir sie. Wir haben hier die

einmalige Chance endlich zu einer angemessenen Personalausstattung zu kommen. Das geht allerdings nur, wenn die Ämter attraktiv gehalten werden - ich muss das Thema Besoldung anmahnen und die Justiz muss insgesamt modern und zeitgerecht ausgestattet sein: ich nenne die Stichworte elektronische Akte, Gebäude, Fortbildungsangebote. Das alles natürlich nicht auf der Basis zersplitterter Einzellösungen sondern im Gleichklang aller Länder.

Im Rechtsbereich brauchen wir effiziente Prozessordnungen und dafür unbedingt eine Reform der Strafprozessordnung, die es ermöglicht, auch Großverfahren zeitgerecht zu Ende zu bringen und wir müssen im Zivilrecht über das Thema Qualität sprechen. Zu sehr standen in der Vergangenheit gerade hier Effizienzgewinne im Vordergrund, Effizienz wurde groß, Qualität klein geschrieben. Stichworte Kammerprinzip, commercial courts

Sicher, diese Lösungen sind weder die Einfachen noch die Schnellen - dafür sind es die Richtigen.

Wir haben also viel Arbeit vor uns. Aber trotz der dunklen Wolken sollten wir optimistisch sein. Wir haben alles was wir brauchen, um diese Probleme zu lösen: Das Wissen um die Notwendigkeiten, die wirtschaftlichen Grundlagen, um sie finanzieren zu können und die Fähigkeit, sie umzusetzen. Nutzen wir also unsere Chancen für den Rechtsstaat und für das Land Nordrhein-Westfalen.

Manche Änderung die auf uns zukommt sollten wir vielleicht auch ein Stück gelassener sehen. Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass wir oftmals nicht die ersten sind die sich an ähnlichen Problemen versuchen. Rund 10 Jahre nach der Gründung des Landesverbandes NRW schrieb der damalige Justizminister Dr. Amelunxen folgendes im Februar 1958 für die Deutsche Richterzeitung:

„Wir wollen den Schwierigkeiten auch dadurch begegnen, dass wir die Errungenschaften der modernen Technik der Arbeit aller Justizangehörigen,

soweit das irgendwie möglich ist, dienstbar machen.“ Und weiter: „Die elektrische Schreibmaschine ermöglicht eine höhere Schreibgeschwindigkeit bei geringerem Kraftaufwand. Sie verringert Ermüdungserscheinungen und die gefürchteten Berufskrankheiten wie Nerven- und Sehnenscheidenentzündung.“ Er spricht sodann weiter davon, dass der einfache Dienst von den zeitaufwendigen Nebenarbeiten wie dem Verschließen und Öffnen von Briefen durch rationale Arbeitsmethoden und dem Einsatz geeigneter Maschinen befreit worden sei. erinnert uns das nicht an unsere heutigen Themen: die elektronische Akte, das Gesundheitsmanagement oder das beA?

Ich bin sicher, eines Tages wird eine nachfolgende Generation genau so über unsere heutigen Probleme lächeln wie wir gerade. Wenn wir weiter optimistisch und tatkräftig dem Recht dienen, werden sie aber auch genau so respektvoll von uns sprechen wie wir heute von denjenigen, die diesen Rechtsstaat nach dem Krieg aufgebaut haben. Dabei wünsche ich dem Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen weiterhin viel Erfolg.